



Unser Stau beim Straßenbau

Warum kommt das Land bei Bau und Erhalt von Verkehrswegen nicht voran?



Landesweit ein immer häufigeres Bild.

Moderne Verkehrswege sind Voraussetzung für einen guten Wirtschaftsstandort. Qualitätsmängel schlagen auf Renditen, Investitionen und damit Arbeitsplätze und Kaufkraft durch. Umgekehrt erhöht jede Verbesserung der Infrastruktur – Straßen, Schienen, Breitbandnetze – die Produktivität für alle, die sie nutzen.

Unser Nachbarland Bayern, mit knapp doppelter Fläche und 18 Prozent mehr Menschen, hat inzwischen 240 Prozent unserer Autobahnkilometer. Für die Wirtschaft stellt der Staat dort also ein viel komfortableres Netz zur Verfügung. Kein Wunder, dass Bayern uns in der Wirtschaftsleistung pro Kopf überholt hat.

Warum kommt unser Land beim Straßenbau nicht voran? Warum liegen viele Planungen auf Halde und werden unberechenbar? Warum bleibt der Erhalt der Straßen weit hinter ihrer Abnutzung zurück? Selbst Ortsumfahrungen, die den belasteten Dorf- und Stadtkernen neue Chancen geben, dauern oft mehrere Jahrzehnte.

Bundesstraßen und Autobahnen werden vom Bund bezahlt, aber vom Land geplant und gebaut. Kann sich die Landesregierung in Berlin nicht durchsetzen oder setzt sie ihre Mittel nicht effizient ein? Letzteres vermutet der Rechnungshof und fordert: Die Landesregierung solle verbindliche Prioritäten und Zeitpläne für den Straßenbau festlegen. Jedes Management weiß, dass man komplexe Aufgaben nur so systematisch abarbeiten kann. Die Regierung versprach es 2005. Doch bis heute existieren keine verbindlichen Prioritäten.

Bei den Landesstraßen das gleiche Bild. Für sie läuft 2010 die Programmzeit des Generalverkehrsplans von 1995 aus. Längst müsste ein neuer auf dem Tisch liegen – doch Fehlanzeige. Vom alten Plan sind freilich weniger als 40 Prozent umgesetzt. Der Straßenzustand wird daher immer schlechter. Der Mitteleinsatz der letzten 15 Jahre entspricht nicht einmal der Hälfte der Abschreibungen. Wir kommen aus der tiefsten Wirtschaftskrise, ein Aufschwung meldet sich auf den Märkten. Wie könnten wir ihn besser in unser Land einladen als durch Zukunftsinvestitionen in die Verkehrswege, die viele weitere Investitionen anziehen?

Stattdessen deinvestieren wir – bauen Qualität ab, verzehren Landesvermögen und sorgen obendrein für eine große Auftragslücke der mittelständischen Bauindustrie, die den Tiefbau im Land trägt.



Dr. Rainer Prewo MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher
rainer.prewo@
spd.landtag-bw.de

„Der Investitionsstau bei den Verkehrswegen muss aufgelöst werden!“



Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Land hat einen Investitionsrückstau von zehn Milliarden Euro bei Straßen und Gebäuden. Das muss sich ändern. Gute Infrastruktur ist Kernaufgabe des Staats. Mängel im Straßennetz bremsen unsere Wirtschaft. Sie müssen behoben werden, gerade in der Krise. Wichtige Projekte dauern oft Jahrzehnte von der Planung bis zu ihrer Umsetzung. Andere Bundesländer sind da erfolgreicher.

Gute Infrastruktur kostet und das Geld ist knapp. Gute Verkehrswege und solide Staatsfinanzen sind dennoch keine Gegensätze: Wir verwandeln Geld in produktives Sachkapital. Wer Straßen und Schienen dagegen verfallen lässt oder nicht modernisiert, „spart“ also nichts, sondern verschwendet, denn er verliert Vermögen und schwächt die Wertschöpfung. Obendrein schafft der Bau Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft – und das für den Mittelstand, wenn man, wie die SPD fordert, öffentliche Aufträge konsequent mittelstandsfreundlich ausschreibt. Wir wünschen Ihnen mit unserer neuen Ausgabe eine gute Lektüre!

Ihr

Schreiben Sie mir eine E-Mail, gerne beantworte ich Ihre Fragen.
Dr. Nils Schmid MdB
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
nils.schmid@spd.landtag-bw.de



„Die mittelständischen Unternehmen des Landes sind auf eine intakte Infrastruktur angewiesen.“

Schluss mit den Holperpisten

Die Landesstraßen in Baden-Württemberg sind stark sanierungsbedürftig

Der Zustand der Landesstraßen verschlechtert sich seit Jahren, da die allein zuständige Landesregierung nicht einmal ihre eigenen Vorgaben erfüllt. Dies führt, insbesondere im ländlichen Raum, zu teilweise katastrophalen Verkehrsverhältnissen durch Schlaglochpisten.

44 Prozent der Landesstraßen in Baden-Württemberg sind in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Diese Zahlen musste die Landesregierung auf Drängen der SPD vergangenes Jahr bekannt geben. Grund für dieses miserable Zeugnis ist die chronische Unterfinanzierung der Erhaltungsmittel im Landeshaushalt.

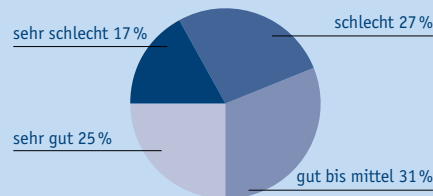
Im noch aktuellen Generalverkehrsplan aus dem Jahr 1995 hatte sich die Landesregierung vorgenommen, 87 Mio. Euro im Jahr für den Erhalt des Landesstraßennetzes auszugeben.

Tatsächlich flossen seither im Jahresschnitt nur 34,4 Mio. Euro. Damit lädt die Landesregierung nicht nur zukünftigen Generationen zusätzlich finanzielle Belastungen für immer teurer werdende Sanierungen auf, sondern sie nimmt

auch dauerhaft schlechte Verkehrsverhältnisse und Vermögensverzehr in Kauf.

Daher muss jetzt dringend gegengesteuert werden: Die SPD fordert für das exportorientierte Baden-Württemberg seit Jahren politische Prioritäten für eine bessere Verkehrsinfrastruktur. Zudem muss der Verkehrsbereich in einem Infrastrukturministerium endlich die Bedeutung erhalten, die ihm zukommt.

Zustand der Landesstraßen in Baden-Württemberg



Quelle: Landtags-Drucksache 14/4193

Hans-Martin Haller
Verkehrspolitischer Sprecher
hans-martin.haller@spd.landtag-bw.de

Mittelstandsanleihe sichert Aufschwung

Trotz anziehender Konjunktur ist das Gespenst der drohenden Kreditklemme noch lange nicht verscheucht. So warnt der Kreditvermittler der Bundesregierung, Hans-Joachim Metternich, vor zu viel Optimismus: „Es kommt mir vor wie eine Ruhe vor dem Sturm.“

Bereits im Herbst 2009 wies die SPD-Fraktion darauf hin, dass gerade mittelständische Firmen in Zeiten des Aufschwungs mit einem Liquiditätsengpass rechnen müssen (Drucksache 14/5117). Das Eigenkapital wurde in der Krise aufgebraucht, was jetzt u. a. wegen Basel II dazu führt, dass sich die Unternehmen nur schwer, sprich teuer, über die Banken mit Fremdkapital versorgen können. Es greift das Problem einer verschärften Eigenkapitalklemme. Anders als den Großunternehmen fehlt KMU die Möglichkeit, sich am Markt direkt mit Kapital zu versorgen. Die SPD empfahl daher, eine „Mittelstandsanleihe BW“ aufzulegen. Mit ihr sollen Liquiditätsbedürfnisse gebündelt und mithilfe der LBBW an den Markt gebracht werden. Mit einer zusätzlichen Verbürgung eines Teils des Ausfallrisikos durch das Land wäre ein Instrument geschaffen, das den Unternehmen die Existenz und Entwicklungschancen in Zeiten des Aufschwungs sicherstellt. Ein Vorschlag, den inzwischen die Börse Stuttgart mit ihrem Produkt Bondm aufgegriffen hat, nachdem die Landesregierung im letzten Jahr unsere Initiative abgelehnt hatte.



Claus Schmiedel
Fraktionsvorsitzender
claus.schmiedel@spd.landtag-bw.de

Der Mittelstand beschäftigt die meisten Frauen im Management

Abseits der Diskussion über eine gesetzliche Quotenregelung für Frauen in der Unternehmensführung steht fest, dass ihre Führungstalente in Deutschlands Unternehmen noch immer zu wenig genutzt werden. Untermuert wird dies durch die Hoppenstedt-Studie „Frauen in Spitzenpositionen“.

Bundesregierung und EU-Kommission: Beide denken inzwischen laut über gesetzliche Regelungen nach, die den Anteil von Frauen in Spitzenpositionen erhöhen sollen. Nahrung

findet diese Diskussion in einer aktuellen Auswertung der Firmendatenbank von Hoppenstedt.

So ist ein Ergebnis der Studie, dass der Anteil an Frauen der ersten und zweiten Managementführungsebene in den vergangenen Jahren auf knapp 20 Prozent gestiegen ist. Sie zeigt aber auch, dass hierzu vor allem die KMU beigetragen haben. Denn bei Großunternehmen mit mehr als 20 Mio. Euro Umsatz oder mehr als 200 Beschäftigten stieg der Anteil von Frauen im Topmanagement

in den letzten 15 Jahren gerade einmal auf 5,9 Prozent. Es scheint, als ob KMU eher erkannt haben, dass Frauen in Führungspositionen mit ihren Talenten erheblich zum unternehmerischen Erfolg beitragen.



Rudolf Hausmann
Arbeitsmarktpolitischer Sprecher
rudolf.hausmann@spd.landtag-bw.de

Diskussion

Pro und contra: Kernkraftwerke – Verlängerung der Laufzeiten

Zwei Stimmen aus dem Land zum Thema Energiepolitik

Anders als von vielen vermutet, steht erst recht seit der letzten Bundestagswahl der noch unter der rot-grünen Bundesregierung mit der Energiewirtschaft abgeschlossene Vertrag zum geordneten Ausstieg aus der Kernkraft im Mittelpunkt energiepolitischer Diskussionen. Die Fronten sind klar, die Gräben tief – so auch die Position der SPD. Was aber sagen Vertreter der baden-württembergischen Wirtschaft zum Thema? Lesen Sie selbst:



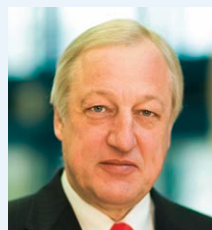
Pro Laufzeitverlängerung **Dr. Hans-Eberhard Koch**

Präsident des Landesverbandes der baden-württembergischen Industrie (LWI)

Die zukünftige Versorgung der Industrie mit Strom macht uns große Sorge. Wir befürchten Versorgungslücken, zunehmende Stromausfälle und gravierend steigende Strompreise.

Vergleicht man den künftigen Strombedarf und zukünftige Erzeugungskapazitäten zeigen sich in Baden-Württemberg erhebliche Lücken. Wenn die Laufzeiten vorhandener Kernkraftwerke nicht verlängert werden, wird die Schere zwischen Energiebedarf und Erzeugungskapazität zukünftig noch größer. Die erneuerbaren Energien können in den nächsten 20 Jahren noch nicht die Lücke schließen. Der Aufbau fehlender Kraftwerkskapazitäten (Kohle, Gas, usw.) wird zeitlich immer unrealistischer. Für die Ausweitung des Imports aus anderen Bundesländern oder dem Ausland müssten die vorhandenen Leitungsnetze erneuert und ausgebaut werden. Das bedeutet ebenfalls große Investitionen mit hohen Risiken. Die Preise für Strom werden in Engpasssituationen explodieren. Eine risikoreiche Importabhängigkeit muss vermieden, zumindest reduziert werden. Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde die CO₂-Bilanz negativ beeinflussen.

Baden-Württemberg ist besonders betroffen von den Risiken zukünftiger Elektrizitätsversorgung, da es viel stärker von der Industrie abhängt als andere Bundesländer. Die zukünftige Elektrizitätsversorgung der Industrie ist gefährdet, wenn wir Kernkraftwerke vorzeitig abschalten. Die Industrie befürwortet die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke, weil die Kernenergie als Brückentechnologie hin zu den erneuerbaren Energien unverzichtbar ist. Der politisch beschlossene Ausbau erneuerbarer Energien wird dadurch nicht beeinträchtigt. Für die Industrie muss sich die Energiebereitstellung nach dem Bedarf richten; Privathaushalte können den Verbrauch dem Angebot anpassen.



Contra Laufzeitverlängerung **Johannes van Bergen**

Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Hall

Die vier großen deutschen Stromkonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW haben 2001 in einem Vertrag mit der damaligen Bundesregierung verbindlich vereinbart, das Atomgesetz so zu verändern, dass jedem Kernkraftwerk (KKW) nur noch Reststrommengen entsprechend einer 32-jährigen Laufzeit zugesprochen werden. Zur Sicherung der Stromversorgung hat die Regierung gleichzeitig unabhängige Akteure und die Stadtwerke aufgefordert, in neue Stromerzeugungskapazitäten zu investieren. Wenn jetzt das Vertrauen der Investoren vorsätzlich missbraucht wird, kommt dies einer Begünstigung der vier großen Stromkonzerne gleich. Angesichts der gewaltigen Windfall-Profits von ca. 50 bis 200 Mrd. Euro ist dies selbst bei einer Abschöpfung von 50 Prozent dieser Summe eine gigantische Subvention. Neben den 60 Mrd. Euro steuerfreien Rückstellungen, die den KKW-Betreibern jährlich mehrere Milliarden Euro an Vorteilen bringen, profitieren sie zusätzlich von der weitestgehend freigestellten Haftung. Nach dem Atomgesetz müssen sie nur für 5 Mrd. Euro gerade stehen.

Weiterhin soll die noch völlig ungelöste Entsorgung des Atommülls von der Allgemeinheit getragen werden. Für die Sicherstellung einer modernen Energieversorgung werden die KKW nicht benötigt. Vielmehr sind sie für die Integration der erneuerbaren Energien eher hinderlich. Im Übrigen ist ihr Zuwachs dermaßen hoch, dass bis zum Abschalten des letzten KKW im Jahr 2022 die erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sämtliche KKW überflüssig machen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, das Vertrauen hunderter unabhängiger Stromerzeuger und Stadtwerke zu enttäuschen, um vier Stromkonzernen die Bilanzen zu vergolden. Durch die Laufzeitverlängerung sind laut aller Experten keine Strompreissenkungen zu erwarten. Auch deshalb gibt es keinen Grund, eine Laufzeitverlängerung zu beschließen.

Wie ist Ihre Meinung dazu?

Schreiben Sie eine E-Mail an: mittelstand@spd.landtag-bw.de



Firmeninhaberin Antje von Dewitz bei der Arbeit.



Action vor dem firmeneigenen Kinderhaus!

Unternehmerlob

Gut gemacht, VAUDE!

Der Sportartikelhersteller VAUDE nahe Tettng am Bodensee strahlt mit seinen Produkten hell am Outdoorhimmel und zählt zu den führenden Bergsportmarken in Europa. Innerhalb kurzer Zeit wuchsen die Obereisenbacher vom Kleinbetrieb zu einer international erfolgreichen Firma.

Aber nicht nur „outdoor“, sondern auch „indoor“, im Sinne einer verantwortungsbewussten Haltung gegenüber seinen Mitarbeitern, gehört das Familienunternehmen von Antje von Dewitz zu den Top-Betrieben in Europa. So bietet es seinen Beschäftigten wie selbstverständlich flexible Arbeitszeit-, Home-Office- oder Wiedereinstiegsmodelle und zeigt ökologisch wie sozial Flagge.

2001 eröffnete VAUDE am Firmensitz ein Kinderhaus mit Ganzjahresbetreuung und Vollverpflegung und erleichtert dadurch entscheidend die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Beschäftigten. Als offizieller Partner der Natur- und Waldkindergärten wird das Engagement in frühkindlicher Bildung inzwischen deutschlandweit übertragen. Und auch das von Schließung bedrohte örtliche Freibad bekam die nachbarschaftliche Tatkraft der Sportartikler zu spüren, als VAUDE sich 2006 kurzerhand auf

ein Jahr verpflichtete – und das Bad seither souverän betreibt.

Auch der Einsatz für die Umwelt steht hoch im Kurs: „Als Bergsportausrüster verkaufen wir Produkte für den Gebrauch in der Natur. Zerstören wir die Natur, vernichten wir uns selbst.“ Klingt nicht nur logisch, sondern wird in der Produktpalette zum Beispiel durch den Einsatz von recycelten Materialien und äußerst langlebigen Produkten unterstützt – und die Sonnenkollektoren auf den Firmendächern mit einer Fläche von knapp 3.000 m² sorgen derweil für saubere Energie. Die zahlreichen Preise, die VAUDE für seine Produktinnovationen und die Umsetzung der Firmenphilosophie hierzulande erhielt, sprechen für sich.

Wie steht es allerdings um die Verantwortung in den Produktionsstätten in fernöstlichen Billiglohnländern, wo u. a. die Outdoor-Branche ihre hochwertigen Produkte zu teilweise unwürdigen Arbeitsbedingungen fertigen lässt? Auch VAUDE sieht sich gezwungen, Teile der Kollektion in Fernost produzieren zu lassen. Dies hat Fragen aufgeworfen, nicht zuletzt im Unternehmen selbst. Mit der Entscheidung, der „Fair Wear Foundation“ noch in diesem Herbst beizutreten, verpflichtet sich das Unternehmen nun zu unangekündigten Betriebskontrollen und externen Zertifizierungen und damit zur strikten Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen.

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt diese Verpflichtung des Unternehmens im Bodenseekreis sehr und wünscht für die Zukunft viel Erfolg.

Kurzmeldungen

Soziale Revision der Entsenderrichtlinie: Rheinland-Pfalz und Berlin fordern in einer Bundesratsinitiative die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für eine stärkere Hervorhebung der grundlegenden Zielsetzung der Entsenderrichtlinie einzusetzen, wie z. B. die Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs ohne Lohndumping. (BR-Drucksache 412/10)

Mit Bürokratieabbau ernst machen: Die SPD-Fraktion verlangt von der Landesregierung in einer parlamentarischen Initiative, einen Überblick über Stand und konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau für die Wirtschaft zu liefern. (Drucksache 14/6415)

Die Unterlagen zur öffentlichen **Anhörung Elektromobilität** (vom 11. Mai 2010) sind jetzt auf der Homepage des Landtags unter www.landtag-bw.de/Gremien/WA-Elektromobilitaet-2010_05_11.pdf abrufbar.

Informationen zur aktuellen **Enquete-Kommission „Weiterbildung“:** www.landtag-bw.de/Gremien/Enquete_Fit_fuers_Leben/index.asp

Veranstaltungstipps

„Rent a MdL“

Buchen Sie einen SPD-Abgeordneten zu ehrenamtlichen, sozialen oder beruflichen Zwecken für Ihre Organisation, Ihre Firma oder Ihre Veranstaltung. Bewerbung bis 10. September 2010 unter: mittelstand@spd.landtag-bw.de. Wir freuen uns auf Ihre Wünsche!

2. Oktober, 10 Uhr / Landtag, Kommunalpolitischer Tag: Workshops und Vorträge zur Kommunalpolitik

Die SPD unterwegs

Bürgerempfang

„Nah bei den Menschen“

14. September 19.30 Uhr / Sinsheim

30. September 19.30 Uhr / Tübingen

Weitere Infos: www.spd.landtag-bw.de, Rubrik: Aktuell/Termine

Landtagsagenda

Vorschau: Öffentliche Anhörung der SPD-Fraktion zur Tourismuspolitik im Oktober

Bei Interesse wenden Sie sich an uns: mittelstand@spd.landtag-bw.de

Impressum

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-781
Telefax 0711 2063-14781
mittelstand@spd.landtag-bw.de

Verantwortlich: Martin Körner

Texte: Claus Schmiedel, Dr. Nils Schmid, Dr. Rainer Prewo, Hans-Martin Haller, Rudolf Hausmann
Redaktion: Gerrit Bopp, Raiko Grieb

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Parteien dürfen sie nicht als Wahlwerbung verwenden.

Landtags-
Fraktion



Baden-
Württemberg

SPD